



# **Wir versorgen Deutschland**

## **Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Bayern 2023**

**Alle Fragen von WvD zur Gesundheitspolitik im Bereich der Hilfsmittelversorgung  
und die zugehörigen Antworten der Parteien.**

## Einleitung

Etwa ein Viertel der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung benötigt eine Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln. Eine qualitativ hochwertige Hilfsmittelversorgung durch die Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke ist ein wichtiger Baustein für die Sicherung der Teilhabe und Lebensqualität der betroffenen Patientinnen und Patienten. Sie gewährleistet den Erfolg von Krankenbehandlungen, beugt drohenden Behinderungen vor oder gleicht bereits bestehende Handicaps aus.

Mehr als 120.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie mehr als 8.000 Leistungserbringer in den Bereichen Orthopädietechnik, Orthopädieschuhtechnik, Reha-Technik und Homecare verantworten die wohnortnahe und qualitätsgesicherte Versorgung dieser Patientinnen und Patienten in Deutschland. Sie tragen damit entscheidend zur Entlastung des Gesundheitssystems, insbesondere im Bereich der Pflege und der Krankenhausversorgung, bei.

Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird die Bedeutung einer qualitätsgesicherten, wohnortnahen Hilfsmittelversorgung in Zukunft noch weiter zunehmen.

---

## Sicherung der Versorgung

**1) Welche Maßnahmen und Reformen plant Ihre Partei angesichts der aktuellen wirtschaftlichen und demografischen Herausforderungen, um in Bayern auch künftig eine hochwertige, wohnortnahe Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln durch die Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke zu sichern?**

### CSU

Die bestmögliche Versorgung darf keine Frage der Postleitzahl sein und muss in Stadt und Land gleichermaßen gelten. Wir setzen uns ein für eine bedarfsgerechte, flächendeckende und sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung durch regionale Versorgungseinheiten klinischer, ambulanter und pflegerischer Infrastruktur. Dazu zählen neben leistungsfähigen Krankenhäusern, auch und gerade Kinderkliniken, der haus-, fachärztlichen sowie geburtshilflichen Versorgung gleichermaßen eine angemessene Dichte von Apotheken und Heil- und Hilfsmittelerbringern sowie ein engmaschiges Netz von lokalen Reha-, Pflege- und Betreuungseinrichtungen. Dabei gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Wir wenden uns gegen jegliche Bestrebungen, das Angebot auf dem Land zu schwächen. Das erfolgreiche Landarztprogramm wollen wir ausbauen.

Wir wollen ein nachhaltiges und widerstandsfähiges System, das auch zeitweise starken Belastungen standhält und über Notfallkonzepte für seltene Ereignisse und Katastrophen verfügt. Wir wollen Medizin und Hilfe zu den Menschen bringen, nicht umgekehrt. Dafür müssen wir auch das Potenzial der Telemedizin ausschöpfen. Wir stehen für eine innovative Arzneimittel- und Medizinprodukteversorgung und die effiziente Nutzung von Gesundheitsdaten und bekennen uns klar zum medizinischen, medizintechnischen und pharmazeutischen Forschungs- und



Produktionsstandort Deutschland mit seinen innovationsstarken Unternehmen. Sie sind wertvoll für unser Land.

### **B 90 / Die Grünen**

Wir GRÜNE wollen eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für alle – egal ob auf dem Land oder in der Stadt. Gerade auf dem Land ist der Weg zu medizinischer Versorgung oft viel zu weit. Wer Hilfe benötigt, muss diese aber zeit- und wohnortnah in Anspruch nehmen können. Das gilt insbesondere für Ältere und mit Blick auf Menschen ohne Auto, wenn die Bus- und Bahnanbindung auf dem Land schlecht ist. Um eine gute Versorgung in allen Teilen Bayerns sicherzustellen, unterstützen wir eine gründliche, sektorübergreifende Ermittlung der Versorgungssituation. Das Konzept der Gesundheitsregionen Plus entwickeln wir weiter. Unsere Vision ist eine vernetzte Gesundheitsversorgung, bei der die einzelnen Akteur\*innen kooperieren. Zusätzlich setzen wir auf die verantwortungsvolle Nutzung der Telemedizin, wofür wir Gelder für IT-Investitionen bereitstellen und damit den zügigen Ausbau fördern.

### **Freie Wähler**

Das Gesundheitshandwerk in Bayern ist ein wesentlicher Faktor der Gesundheitswirtschaft in Bayern, der auch eine erhebliche Bedeutung für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung hat. Ein dringliches Problem sehen wir in der im SGB V geregelten Preisbildung, die bereits seit 35 Jahren gilt. Es entspricht nicht mehr den aktuellen Entwicklungen, dass Materialpreise in den Leistungseinheiten eingepreist werden. Die enorm gestiegenen Materialpreise können so nicht über die Kassen refinanziert werden und führen zu einer unwirtschaftlichen Preisgestaltung, die die Gesundheitshandwerke stark bedroht. Wir fordern die dringend erforderliche Modernisierung der Regelungen des SGB V.

### **SPD**

Um eine wortortnahe und flächendeckende Versorgung zu gewährleisten wollen wir als Bayern-SPD überall gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen und die Ausbildungen und Berufe des Gesundheitshandwerks attraktiv machen. Nur so können wir sicherstellen, dass sich junge Menschen für diesen Beruf entscheiden, ihn lange ausüben und sich auch in ländlichen Regionen niederlassen. Dazu ist es u.a. notwendig, für das Gesundheitshandwerk zu werben, die Zusammenarbeit zwischen Sanitätshäusern, Gesundheitshandwerk und Gesundheitseinrichtungen zu stärken und – analog zum begrüßenswerten Bürokratieabbaupaket der Bundesregierung – bürokratische Regelungen auf Landesebene zu prüfen und gegebenenfalls zu vereinfachen.

Grundlage für den Bestand einer hochwertigen, wohnortnahen Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln durch Sanitätshäuser und Gesundheitswerke ist eine auskömmliche Vergütung der erbrachten Leistungen. Es ist zu prüfen, ob das aktuelle wettbewerbsbasierte Vertragsmodell geeignet ist, um eine hochwertige, qualitätsgesicherte und wohnortnahe Versorgung sicherzustellen. Die Ergebnisse des Sonderberichts des Bundesamts für Soziale Sicherung (BAS) und mögliche Reformvorschläge werden aktuell von uns ausgewertet und diskutiert. Darüber hinausgehend setzen wir uns für eine grundsätzliche Reform der GKV-Finanzierung ein. Insbesondere die Verbreiterung der Einkommensbasis z.B. durch eine Anhebung der Beitragsbemessungsobergrenze halten für dringend geboten.

### **FDP**

Wir setzen uns für die Sicherstellung einer hochwertigen und wohnortnahen Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln ein. Deswegen wollen wir Anreize schaffen, um die Entwicklung neuer Technologien und Hilfsmittel voranzutreiben.

Wir wollen die Regelungen und bürokratischen Verfahren vereinfachen und transparenter gestalten. Dies wird den Zugang zu medizinischen Hilfsmitteln erleichtern und den Sanitätshäusern und Gesundheitshandwerkern ermöglichen, ihre Dienstleistungen effizienter anzubieten.

Wir setzen uns für eine angemessene und fair gestaltete Vergütung ein. Nicht zuletzt wollen wir die Digitalisierung vorantreiben, um effizientere Prozesse, eine bessere Kommunikation sowie eine bessere Versorgungsqualität sicherzustellen.

---

## **Fachkräftemangel**

### **2) Wie will Ihre Partei dem Fachkräftemangel im Bereich der Gesundheitshandwerke und Sanitätshäuser begegnen? Welche Maßnahmen planen Sie?**

#### **CSU**

Gute Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung sind der Schlüssel im Kampf gegen den Fachkräftemangel. Unser duales Ausbildungssystem ist weltweites Vorbild. Es bildet den Nachwuchs für Handwerk, Handel, Mittelstand und Industrie aus und ist der Schlüssel im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und den Fachkräftemangel. Wir setzen auf individuelle Bildungswege, die sich jederzeit miteinander verzahnen lassen. Schon heute können Meister studieren und Master Meister werden. Wir wollen das erfolgreiche Modell der beruflichen Bildung und dualen Ausbildung weiter ausbauen und garantieren die kostenfreie Meisterausbildung in Bayern. Die medizinische und pflegerische Versorgung auch künftig zu sichern ist eine Generationenaufgabe. Wir als CSU wollen den Fachkräftemangel in allen Gesundheitsberufen entschieden bekämpfen. Dazu gehören unter anderem eine leistungsgerechte Bezahlung, Karrierepfade, verlässliche Arbeitsbedingungen und damit eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

#### **B 90 / Die Grünen**

Der Fachkräftemangel in Bayern hat sich verschärft, auch im Bereich der Gesundheitshandwerke und Sanitätshäuser. Wir GRÜNE gewinnen und qualifizieren neue Fachkräfte, indem wir die duale Ausbildung stärken, Angebote zur Berufsorientierung und Praxistage an Schulen weiterentwickeln. Wir modernisieren die Rahmenlehrpläne und Ausbildungsordnungen der jeweiligen Berufe, stellen die Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf sicher und vereinfachen die Zuwanderung und Integration von Arbeits- und Fachkräften in den bayerischen Arbeitsmarkt. Um den Nachwuchsmangel zu bewältigen, ermöglichen wir bessere Rahmenbedingungen für gute Arbeit und machen so Ausbildungsbetriebe und -berufe für junge Menschen attraktiv. Dazu gehören höhere Azubi-Gehälter und eine zeitgemäße Arbeitsatmosphäre, die Flexibilität und Individualität zulässt. Für Auszubildende sorgen wir außerdem für mehr bezahlbaren Wohnraum in Form von Ausbildungswohnheimen.

### **Freie Wähler**

Der Fachkräftemangel zieht sich durch sämtliche Zweige des Gesundheitsbereichs. Wichtig ist, dass die Berufsbilder der Gesundheitshandwerker attraktiv ausgestaltet werden und die Rahmenbedingungen der Tätigkeit ansprechend sind. Insofern ist es entscheidend, dass Gesundheitshandwerker wirtschaftlich arbeiten können (vgl. Frage 1), ansonsten wird sich niemand für diese Tätigkeit begeistern lassen. Für uns als FREIE WÄHLER ist entscheidend, dass die bestehenden personellen Ressourcen sinnvoll genutzt werden. Dazu gehört an erster Stelle, eine effektive Entbürokratisierung. Hier gibt es gerade im Bereich der Präqualifizierung Spielraum für Verbesserungen.

### **SPD**

Das Handwerk hat in Deutschland eine zentrale Bedeutung. Insbesondere die Gesundheitshandwerke spielen eine essentielle Rolle bei der Versorgung einer alternden Bevölkerung. Leider sind die Gesundheitshandwerke – ähnlich wie viele andere Branchen – vom Fachkräftemangel betroffen. Die SPD hat deshalb bereits Maßnahmen ergriffen. Im Juli 2023 wurde das Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen. Es sieht vor, dass bestehende Hürden abgebaut und die Verdienstgrenze für die Blaue Karte abgesenkt werden. Wer zwei Jahre Berufserfahrung und einen Abschluss im Heimatland hat, kann als Fachkraft nach Deutschland kommen. Neu eingeführt wird eine Chancenkarte mit einem Punktesystem. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Ausbildung gesellschaftlich wieder besser anerkannt wird. Die SPD bekennt sich ganz klar zum Erhalt und zur Stärkung des deutschen dualen Ausbildungssystems.

### **FDP**

*Anm.: Bis zum Ende der Rückmeldefrist lag uns keine Antwort der Partei auf diese Frage vor.*

---

**3) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Gesundheitshandwerke bzw. Expertinnen und Experten der Leistungserbringer mit ihrer Expertise bei Fragen der Hilfsmittelversorgung in die Struktur der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen verbindlich einbezogen werden?**

### **CSU**

Wir setzen auf eine enge Zusammenarbeit der Selbstverwaltung mit den Expertinnen und Experten der Leistungserbringer. Im Vordergrund steht für uns dabei die Verbesserung der Qualität der Hilfsmittelversorgung im Sinne der Versicherten. Die Vertreter der betroffenen Hersteller und Leistungserbringer sowie die natürlich auch Interessenvertretungen der Patientinnen und Patienten sollten nach Möglichkeit in Stellungnahme- und Anhörungsverfahren beteiligt werden.

### **B 90 / Die Grünen**

Politik muss diejenigen miteinbeziehen, die von den jeweiligen politischen Entscheidungen unmittelbar betroffen sind. Wir GRÜNE setzen daher in allen Politikbereichen - so auch bei der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen - auf den regen und konstruktiven Austausch mit Vertreter\*innen der jeweiligen Berufsgruppen z.B. im Rahmen von Fachgesprächen, Expert\*innenanhörungen und weiteren Dialogangeboten.

### **Freie Wähler**

Als FREIE WÄHLER ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass bei der Entscheidung über Sachverhalte den Betroffenen ein Mitspracherecht eingeräumt wird. Nur so können praxistaugliche Regelungen getroffen werden. Deshalb unterstützen wir es nachdrücklich, dass auch im Rahmen der gemeinsamen Selbstverwaltung die Gesundheitshandwerke bei den für sie relevanten Fragen einbezogen werden.

### **SPD**

Ja, wir als BayernSPD begrüßen, dass die Bundesregierung mit der Reform des G-BA den Gesundheitsberufen weitere Mitsprachemöglichkeiten einräumt. Hierdurch werden auch die Entscheidungen der Selbstverwaltung beschleunigt und die Patientenvertretung gestärkt.

Die Verbände können sich derzeit bereits im Stellungnahmeverfahren zu Änderungen der Hilfsmittel-Richtlinie beim G-BA einbringen. Dies gilt unter anderem für das laufende Verfahren zur Hilfsmittelversorgung für Menschen mit komplexen Behinderungen. Das schriftliche und mündliche Stellungnahmeverfahren zur vorgesehenen Änderung der Richtlinie wird voraussichtlich im Sommer 2024 stattfinden. Darüber hinaus ist keine verpflichtende Einbeziehung der Leistungserbringer vorgesehen. Dies hat den Hintergrund, dass eine Ausweitung der Anzahl der Mitglieder des G-BA aus unserer Sicht nicht zu einer Verbesserung und Beschleunigung der Prozesse beiträgt.

### **FDP**

Ja, wir als FDP Bayern, setzen uns dafür ein, dass die Expertinnen und Experten der Gesundheitshandwerke sowie der Leistungserbringer aktiv in die Struktur der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen eingebunden werden. Wir sind der Meinung, dass ihre Expertise und Erfahrung einen wertvollen Beitrag zur Entscheidungsfindung und Versorgungssicherheit im Bereich der Hilfsmittelversorgung leisten kann.

---

## **Bürokratie**

**4) In der WvD-Branchenumfrage 2022 gaben zwei Drittel der Betriebe der Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke an, über 30% der Arbeitszeit in der Hilfsmittelversorgung für Bürokratie- und Dokumentationspflichten aufzuwenden. Welche Ansätze hat Ihre Partei, um hier die Bürokratielast zu verringern?**

### **CSU**

*Anmerkung: Die Fragen und 4 und 5 wurden von der Partei gemeinsam beantwortet.*

Bürokratie und ein Übermaß an Regulierung gängelt Menschen und Unternehmen, nimmt Luft und ist ein Motivationshemmer. Wir brauchen schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, einen Mentalitätswechsel in Behörden hin zu mehr Ermöglichung und ein echtes Belastungsmoratorium. Wir wollen ein neues Freiheitsversprechen geben und weitest möglich Spielraum für eigene Initiativen zurückgeben. Mit Bürokratie-TÜV und Paragrafenbremse haben wir bereits viel in Bayern erreicht. Wir wollen aber noch mehr: Es braucht eine regelrechte Entfesselung durch Entbürokratisierung.



Unser Ziel ist ein zweijähriges Moratorium für Verwaltungsvorschriften – im Bund und in Bayern. Wir brauchen nicht mehr Bürokratie, sondern weniger. Außerdem wollen wir eine umfassende „Good Governance“ für mehr freie Ermessensentscheidungen festlegen, mehr Geschwindigkeit durch digitale Verwaltungsprozesse, stärkere Spezialisierung bei Behörden und Gerichten sowie ein Bündnis für Beschleunigung mit Regierungen, Landkreisen und kreisfreien Städten.

Forschung, konsequente Digitalisierung und Künstliche Intelligenz beschleunigen den medizinischen Fortschritt. Davon müssen alle Menschen profitieren. Effizienzgewinne im Gesundheitssystem können zudem durch Bürokratieabbau, intersektorale und interdisziplinäre Zusammenarbeit erreicht werden. Dies ist für die Stabilität der Sozialversicherungsbeiträge und angesichts des demografischen Wandels zwingend erforderlich.

### **B 90 / Die Grünen**

Überbordende Bürokratie und Rückstand in der Digitalisierung schwächen Bayern – gerade im Gesundheitssektor. Das wollen wir ändern. Wir ermöglichen bessere Rahmenbedingungen für gute Arbeit, stärken den kommunalen Öffentlichen Gesundheitsdienst mit einer auskömmlichen Finanzierung und einer besseren Personalausstattung und treiben die Digitalisierung im Gesundheitswesen voran. Die Digitalisierung bietet viele Chancen zur Beschleunigung von Verwaltungsprozessen, sodass mehr Arbeitszeit für Beratung und Versorgung der Patient\*innen bzw. Kund\*innen bleibt. Auf Bundesebene setzen wir Grünen uns dafür ein, dass Bewilligungsverfahren bei Hilfsmittelversorgungen von Kindern und Jugendlichen beschleunigt werden.

Wir wollen das Prüfprogramm der Krankenkassen für solche Hilfsmittelversorgungen einschränken, sofern die Betroffenen regelmäßig in einem Sozialpädiatrischen Zentrum (SPZ) in Behandlung sind und die beantragte Versorgung von den behandelnden Ärzt\*innen empfohlen wird. In diesen Fällen ist von der medizinischen Erforderlichkeit der beantragten Versorgung auszugehen. Insbesondere die zum Teil sehr zeitaufwändige Hinzuziehung des Medizinischen Dienstes bei der Beurteilung der Notwendigkeit der beantragten Hilfsmittelversorgung kann unterbleiben. Dies gilt auch für die Versorgung von Erwachsenen, die in Medizinischen Behandlungszentren für Erwachsene mit Behinderung (MZEB) oder bei Fachärzt\*innen mit vergleichbarer Qualifikation in Behandlung sind.

### **Freie Wähler**

Das gesamte Gesundheitssystem bedarf dringend einer Entbürokratisierung. Das gilt auch für die Betriebe der Sanitätshäuser und Gesundheitshandwerke. Wir sehen gerade im Bereich der Präqualifizierung Spielraum für Verbesserungen. Das Verfahren an sich ist notwendig, um den Nachweis zu erbringen, dass die Leistungen für die Versorgung der Versicherten auch tatsächlich erbracht werden können. Es muss jedoch schlanker ausgestaltet werden, ohne dass alle 5 Jahre ein Personal- und Kostenaufwand von erheblicher Höhe entsteht.

### **SPD**

Wir als Bayern-SPD begrüßen das geplante Bürokratieabbaupaket der Bundesregierung und die geplante Überprüfung überholter Dokumentationspflichten. Dies gilt z.B. für das Zulassungssystem der Präqualifizierung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Präqualifizierung im kommenden

Entbürokratisierungsgesetz entschlackt werden soll. Darüber hinaus streben wir eine Reduzierung der Pflichten zur Dokumentation an. Weitergehend sind Vereinfachungen im Vertragswesen etwa durch die Einführung von Leitverträgen zu diskutieren. Abschließend müssen wir die Potenziale, welche die Digitalisierung im Hilfsmittelbereich besser nutzen. Dazu gehört auch, dass Prozesse vollständig digitalisiert werden und keine Hybridstrukturen entstehen. In diesem Rahmen streben wir mittelfristig auch die Anbindung der Leistungserbringer an die Telematikinfrastruktur an. Denn insbesondere die Digitalisierung erleichtert und beschleunigt viele Prozesse. Dem müssen auch die gesetzlichen Regelungen Rechnung tragen, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlasten und um Zeit und Freiräume für die eigentliche Arbeit zu schaffen. Entsprechende Anpassungen der Dokumentationspflichten wollen wir auch in Bayern prüfen.

#### **FDP**

*Anm.: Bis zum Ende der Rückmeldefrist lag uns keine Antwort der Partei auf diese Frage vor.*

---

## **Digitalisierung**

**5) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Digitalisierung im Gesundheitswesen und speziell im Bereich der Hilfsmittelversorgung voranzutreiben?**

#### **CSU**

*Anm.: Siehe Anmerkungen und Antwort bei Frage 4.*

#### **B 90 / Die Grünen**

Im kommenden Herbst werden zwei große digitalpolitische Gesetze aus dem Gesundheitsministerium auf Bundesebene beraten, mit deren Hilfe wir GRÜNE einen großen Schritt im Bereich Digitalisierung im Gesundheitswesen schaffen wollen.

#### **Freie Wähler**

Wir unterstützen unsere heimische Wirtschaft kraftvoll und umfangreich bei der Digitalisierung. Vernetzungsmöglichkeiten und Kompetenzstärkung werden durch die Angebote von Bayern Innovativ zur Verfügung gestellt, wo auch ein zentraler Förderlotse als Ansprechpartner für unsere Unternehmen installiert wurde. Als niedrigschwelliges Förderinstrument steht insbesondere der Digitalbonus Bayern zur Verfügung.

#### **SPD**

Damit Digitalisierung gelingt, müssen alle Akteure im Gesundheitswesen an einem Strang ziehen. Wir brauchen verlässliche Zielvorgaben mit klar umrissenen Zwischenzielen, zu denen sich alle Akteure verbindlich bekennen. Wir als Bayern-SPD wollen daher klare Rahmenbedingungen schaffen und die Verbände der Gesundheitsberufe miteinbeziehen. Zudem braucht es, damit die digitale Transformation gelingt, flächendeckende Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote. Wir als Bayern-SPD begrüßen daher, dass die Bundesregierung die gematik zur digitalen Gesundheitsagentur ausbauen wird, allen Versicherten eine DSGVO-konforme elektronische

Patientenakte zu Verfügung stellt und telemedizinische Leistungen inklusive Arznei-, Heil- und Hilfsmittelverordnungen regelhaft ermöglicht. Wir als SPD setzen uns dabei für die zeitnahe Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) als Opt-Out-Lösung ein um eine flächendeckende Nutzung dieser Anwendung zur fördern. Eine funktionierende ePA ist für uns der Schlüssel zu einem vollständig digitalisierten Gesundheitswesen. Darüber hinaus werden wir im Rahmen des Digitale-Versorgung-und-Pflege-Modernisierungsgesetzes (DVPMG) digitale Anwendungen in der Pflege einführen, die bereits existierenden DiGAs weiterentwickeln sowie die Nutzbarkeit des E-Rezepts sicherstellen. Darüber hinaus ist der Ausbau der Telematikinfrastruktur vorgesehen. Das DVPMG sieht in diesem Zusammenhang vor, dass die entsprechenden Erbringer der verordneten Leistungen (z.B. Pflegedienste oder auch die Heil- und Hilfsmittelerbringer) zum sukzessiven Anschluss an die Telematikinfrastruktur verpflichtet werden. Die ihnen dadurch entstehenden Kosten werden ihnen, genau wie den Ärztinnen und Ärzten, erstattet.

Außerdem unterstützen wir, dass die Vermittlung digitaler Kompetenzen in der Ausbildung der Gesundheitsberufe sowie in Fort- und Weiterentwicklung stärker berücksichtigt wird.

#### **FDP**

Die Bundesregierung plant im Rahmen eines umfassenden Gesetzes zur Digitalisierung im Gesundheitswesen den Ausbau von Digitalen Gesundheitsanwendungen und telemedizinischen Leistungen. Der Gesetzentwurf sieht weitreichende verpflichtende Vorgaben betreffend Interoperabilität und Datenstandards, von denen auch die Hersteller von Hilfsmitteln profitieren werden, vor.

Daneben werden drängende Fragen betreffend den Zugang von Nutzerinnen und Nutzern in entsprechende Applikationen für ePA und E-Rezept endlich angegangen. Hier muss schnellstmöglich ein niedrighschwelliger und gleichzeitig angemessen sicherer Zugang zu den Apps über eine digitale Gesundheits-ID umgesetzt werden. Die flächendeckende Anwendung und Nutzung von elektronischer Patientenakte und E-Rezept ist unser erklärtes Ziel. Die Etablierung des E-Rezepts wirkt sich langfristig auch auf die elektronische Verordnung von Heil- und Hilfsmitteln nach §360 Abs. 7 SGB V aus und beschleunigt die Umsetzung, noch vor der Frist zur verpflichtenden Anwendung der elektronischen Verordnung im Juli 2026.

---

#### **6) Wird sich Ihre Partei insbesondere für die gleichberechtigte Einbindung aller relevanten Leistungserbringer – inklusive der Hilfsmittelleistungserbringer – in die Telematik-Infrastruktur einsetzen?**

#### **CSU**

Ohne Digitalisierung ist eine gute und fortschrittliche Medizin nicht mehr vorstellbar. Der sektorenübergreifende Informationsaustausch beschleunigt die Abläufe in der Behandlung und hilft bei der Vermeidung von Fehlern. Die Nutzung digital erfasster, anonymisierter Daten verbessert die Versorgungsforschung und ermöglicht eine Optimierung der Therapieverfahren. Digitale Tools werden allerdings nur dann angewendet, wenn ihr Zusatznutzen evident ist. Daher müssen diese Systeme einfach zu bedienen sein, die Arbeitsabläufe beschleunigen und die sensiblen

Gesundheitsdaten sicher vor unberechtigtem Zugriff schützen. Die zugelassenen Hard- und Softwarekomponenten müssen sektorenübergreifend - also für die Nutzung in der Klinik, der Praxis oder der Gesundheitseinrichtung - einheitliche, von der Gematik vorgegebene und durch die Gematik überprüfte Grundvoraussetzungen aufweisen. Die Systeme müssen mit dem Rollout sofort funktionsfähig sein - die Verantwortung hierfür kann nicht dem Endanwender aufgebürdet werden. Nur unter diesen Voraussetzungen sind Sanktionen bei Verweigerung der Digitalisierung zu rechtfertigen.

### **B 90 / Die Grünen**

Wir GRÜNE wollen die Anbindung aller relevanten Leistungserbringer an die Telematikinfrastruktur. Die Infrastruktur wird fortlaufend ausgebaut (zuletzt durch Einführung des E-Rezepts), weshalb die Ausdehnung der Zugriffsberechtigungen auf weitere Leistungserbringergruppen wie z.B. Hilfsmittelleistungserbringer \*innen in Zukunft nicht ausgeschlossen ist. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung heißt es hierzu: „Wir beschleunigen die Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) und des E-Rezeptes sowie deren nutzenbringende Anwendung und binden beschleunigt sämtliche Akteur\*innen an die Telematikinfrastruktur an.“

### **Freie Wähler**

Die ePA kann sich nur dann zu einem Instrument der Vernetzung der Akteure im Gesundheitsbereich entwickeln, wenn auch alle Betroffenen eingebunden werden. Insofern halten wir die zuverlässige Einbindung der Gesundheitshandwerker in die Telematikinfrastruktur für erforderlich.

### **SPD**

Die Bundesregierung will ausdrücklich sämtliche Akteure an die Telematikinfrastruktur anbinden. Das unterstützen wir als Bayern-SPD voll und ganz. Die Digitalisierung bietet die Chance die Akteure im Gesundheitswesen miteinander zu vernetzen und Abläufe und Prozesse effizienter und schneller zu gestalten. Grundlage hierfür ist die Telematikinfrastruktur (TI). Sie ist die Basis für Dienste wie die elektronische Patientenakte (ePA). Ziel ist es, dass mittelfristig alle relevanten Akteure Teil der TI werden. Die Anzahl der Gruppen mit Anbindung an die TI wird daher seit Einführung stetig erweitert. Zuletzt wurden im Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG) die Pflegeheime in diese Gruppe aufgenommen. Derzeit gibt es für die Leistungserbringer im Hilfsmittelbereich noch keine Möglichkeit sich an die TI-Infrastruktur anschließen zu lassen. Wir setzen uns vor dem obigen Hintergrund allerdings dafür ein, dass auch die Leistungserbringer im Hilfsmittelbereich mittelfristig an die TI-Infrastruktur angeschlossen werden. Dies wird im Rahmen des kommenden Digitalisierungsgesetzes geprüft.

### **FDP**

Wir setzen uns im Gesetzgebungsverfahren für einen allumfassenden und barrierefreien Datenaustausch zwischen Hilfsmitteln, wie beispielsweise Geräten zur Messung des Blutdrucks oder Blutzuckers und Digitalen Gesundheitsanwendungen und der elektronischen Patientenakte ein. Hierzu gehört auch ein Zugang zu Gesundheitsdaten im Rahmen der Sekundärdatennutzung, der nach unserer Auffassung auch den Herstellern von Hilfsmitteln offenstehen muss.

**7) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die gesundheitliche Infrastruktur besser vor Cyberkriminalität zu schützen und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen der Gesundheitsbranche bei diesem Thema besser zu unterstützen?**

**CSU**

Die internationalen Gefahren für Deutschland im Cyberspace nehmen zu. Daher müssen wir dafür Sorge tragen, dass sowohl die rechtlichen Voraussetzungen für eine starke aktive Cyberabwehr als auch die personellen und technischen Möglichkeiten geschaffen werden. Unser Ziel ist eine weitere Stärkung der Cybersicherheitskapazitäten und der Resilienz gegen Cyberbedrohungen im digitalen Raum.

Wir lassen unsere mittelständischen Unternehmen bei der Transformation nicht allein, sondern helfen und begleiten auf diesem schwierigen Weg. Gerade im Gesundheitsbereich haben wir es mit sehr sensiblen Daten zu tun. Im Zuge der Hightech-Agenda Bayern investiert die CSU-geführte Bayerische Staatsregierung 230 Mio. Euro in den Digitalfonds. Mit dem Digitalfonds können Unternehmen in digitale Innovation und Prozessketten investieren. Hiervon profitieren besonders Unternehmen, die keinen eigenen Zugang zu den Kapitalmärkten haben.

**B 90 / Die Grünen**

IT-Sicherheit ist ein nicht verhandelbarer Standortfaktor: Gute IT-Sicherheit und klare rechtsstaatliche Standards sichern Grundrechte und sind die Voraussetzung für digitalen Wandel. Kritische Infrastrukturen wie Krankenhäuser und Unternehmen im Gesundheitssektor müssen besonders gut geschützt sein, sind aber zunehmend im Visier der Cyberkriminellen. Deshalb wollen wir einen besseren und stärkeren Schulterschluss zwischen der öffentlichen und privaten Hand, um auf die Bedeutung von Cybersicherheit aufmerksam zu machen. Alle betroffenen Akteur\*innen müssen in ihren internen Strukturen Ansprechpersonen für Informationssicherheit einstellen, Notfallkonzepte und Backup-Strategien entwickeln und auf Worst-Case-Szenarien vorbereitet sein. Wir wollen Anreize für hohe IT-Sicherheit setzen, insbesondere für KMU flächendeckende Beratung ermöglichen und niedrigschwellige Meldewege für illegale Aktivitäten und Online- Strafanzeigen schaffen.

**Freie Wähler**

Insofern wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen. Die Angebote von Bayern Innovativ und der Digitalbonus Bayern bieten insofern eine gute Unterstützung der heimischen Wirtschaft.

**SPD**

Sicherheit im digitalen Gesundheitswesen ist die Grundlage für eine flächendeckende Nutzung digitaler Anwendungen. Ohne Vertrauen in die IT-Sicherheit kann die Digitalisierung des Gesundheitswesens nur scheitern. Cyberangriffe zeigen den deutlichen Handlungsbedarf in diesem Bereich. Dabei ist insbesondere die Modernisierung der TI-Infrastruktur von essentieller Bedeutung. Die Unternehmen sind in diesem Bereich unter Anwendung der gesetzlichen Grundlagen für die Sicherstellung der IT-Sicherheit selbst zuständig. Dies wird auch in Zukunft so bleiben. Mögliche Unterstützung – etwa durch eine Beratung beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) oder Investitionen in die IT- und Cybersicherheit – sind zu diskutieren.

### **FDP**

Die aktuelle Sicherheitslage hat, nicht erst durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die abstrakten Cybersicherheitsrisiken erhöht. Neben der Forderung eines Ausbaus des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, kurz BSI, wollen wir die Sicherheitsbehörde unabhängiger und somit schlagkräftiger in der Gefahrenabwehr gegen Cyberkriminalität machen.

Darüber hinaus unterstützen wir die Vorhaben der Bundesregierung, im Rahmen des Digitalgesetz für das Gesundheitswesen, Maßnahmen zur Erhöhung der Awareness von Nutzerinnen und Nutzern bezüglich Cyberrisiken und -gefahren zu ergreifen. Hier kann vor allem die Öffentlichkeitsarbeit der Gesellschaft für Telematik als konkrete Maßnahme genannt werden. Darüber hinaus wird der Gematik auch ermöglicht zukünftig entsprechende Maßnahmen zur Cybersicherheit von externen Experten umsetzen zu lassen. Ein weitreichender Ausbau der Sicherheit innerhalb der Telematikinfrastruktur hat auch positive Effekte auf die angeschlossenen Stellen.

Ferner sieht das Digitalgesetz verpflichtend einzuhaltende Standards des BSI für das Cloud-Computing und die Verarbeitung von Sozialdaten über diesen Weg vor.

---

## **Einheitliche Umsatzsteuer auf Hilfsmittel**

**8) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass medizinische Hilfsmittel künftig einheitlich mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz belegt werden?**

### **CSU**

Der Wunsch nach der Vereinheitlichung des Umsatzsteuersatzes auf Medizinprodukte besteht schon seit einigen Jahren. Dies würde auch zu einer Vereinfachung, Wettbewerbssicherung und Aufrechterhaltung in Bezug auf die bedarfsgerechte Hilfsmittelversorgung beitragen. Gerade mit Blick auf die Finanzierungslücke der gesetzlichen Krankenkassen ist dieser Wunsch besonders nachvollziehbar, da der Finanzierungslücke entgegenwirkt werden würde, ohne die Beitragszahler zusätzlich zu belasten.

### **B 90 / Die Grünen**

Schon heute sieht EU-Richtlinie 2006/112/EG bereits vor, dass auf medizinische Geräte, Hilfsmittel und sonstige Vorrichtungen, die üblicherweise für die Linderung und die Behandlung von Behinderungen verwendet werden und die ausschließlich für den persönlichen Gebrauch von Behinderten bestimmt sind, einschließlich der Instandsetzung solcher Gegenstände einheitliche Umsatzsteuersätze angewendet werden können. Die Gesetzgebungskompetenz für diesen Bereich des Steuerrechts liegt allerdings beim Bund und unterliegt nicht Landesrecht. Eine Prüfung, ob eine Vereinheitlichung des verminderten Umsatzsteuersatzes vorgenommen werden kann, scheint uns GRÜNEN aus Gesichtspunkten der Entbürokratisierung allerdings sinnvoll.

### **Freie Wähler**

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert seit langer Zeit ein einfaches, gerechtes und transparentes Steuersystem ohne vielfältige Ausnahmen. Wir setzen uns für einen einheitlichen

ermäßigten Umsatzsteuersatz für Heil- und Hilfsmittel ein. Es gibt keinen Grund, unterschiedliche Hilfsmittel mit unterschiedlichen Umsatzsteuersätzen von 7 bzw. 19 Prozent zu besteuern.

#### **SPD**

Ja, die Absenkung der Mehrwertsteuer erachten wir – ähnlich wie im Bereich der Arzneimittel – für sinnvoll, weil sie zur Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung einen Beitrag leisten kann.

#### **FDP**

Das Umsatzsteuersystem in Deutschland ist voll von Widersprüchen und Ungerechtigkeiten. Wir fordern daher, das bestehende System grundsätzlich zu überarbeiten und nachvollziehbar zu gestalten. Aus unserer Sicht gibt es gute Gründe bei einer Reform, medizinische Hilfsmittel steuerlich zu begünstigen.

---

### **Über „Wir versorgen Deutschland“ (WvD)**

Das Bündnis **Wir versorgen Deutschland e.V.** setzt sich für eine qualitätsgesicherte, wohnortnahe und individuelle Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln ein. Die Mitglieder zählen zu den maßgeblichen Spitzenverbänden und Zusammenschlüssen von Leistungserbringern im Hilfsmittelbereich. Zu dem Bündnis gehören der Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik, die EGROH-Service GmbH, die ORTHEG eG, die Reha-Service-Ring GmbH, die rehaVital Gesundheitservice GmbH, die Sanitätshaus Aktuell AG sowie der Verband Versorgungsqualität Homecare e.V.

#### **Berliner Büro**

Lützowstraße 102-104

Aufgang C, 5. OG

10785 Berlin

[info@wirversorgendeutschland.de](mailto:info@wirversorgendeutschland.de)

[www.wirversorgendeutschland.de](http://www.wirversorgendeutschland.de)

[BT-Lobbyregister-Nr.:](#) R004824

[Verhaltenskodex BT-Lobbyregister](#)

**Anmerkung:** Evtl. Rechtschreib- und Grammatikfehler in den Antworten der Parteien wurden nicht korrigiert. Ggf. einleitende persönliche Anreden wurden entfernt. Erläuterungen und Verweise auf gleich lautende sowie fehlende Antworten sind kursiv markiert. Die Reihenfolge der Parteien orientiert sich an den Ergebnissen der vorherigen Wahl. Für die Inhalte und Aktualität von ggf. in den Antworten der Parteien vorhandenen Verlinkungen sind ausschließlich die jeweiligen Parteien verantwortlich.

Stand: September 2023